

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: EG-Haushalt - USA - OPEC - UNESCO -  
Dollarkurs**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: EG-Haushalt - USA - OPEC - UNESCO - Dollarkurs, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135996>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## EG-Haushalt

### Machtdemonstration des Parlaments

---

Die geschlossene Ablehnung des Haushaltsentwurfs 1985 der Europäischen Gemeinschaften durch das EG-Parlament Mitte Dezember konnte nach den monatelangen Budgetscharmützeln zwischen Ministerrat und Straßburger Versammlung kaum noch überraschen. Die Folge ist, daß bis zur Überwindung der Haushaltskrise die monatlichen EG-Ausgaben höchstens ein Zwölftel der Haushaltsansätze des Jahres 1984 betragen dürfen. Das wiederum bringt erhebliche Gefahren nicht nur für die Agrarausgaben, sondern auch für die Sozial-, Regional- und Entwicklungspolitik mit sich. Zudem können neue, im Etatentwurf vorgesehene Projekte nicht in Angriff genommen werden.

Ob das Parlament mit seiner Entscheidung gut beraten war, ist fraglich. Das gilt um so mehr, als die Ablehnung des Haushaltsentwurfs eher verfahrensrechtlich als sachlich begründet wurde. Allerdings muß man die Konfliktstrategie des Parlaments in einem weiteren Kontext sehen. Seine Machtdemonstration erfolgte letztlich wohl auch mit dem Ziel, Änderungen hinsichtlich der vom Ministerrat vereinbarten Regelungen über die Haushaltsdisziplin sowie den Finanzausgleich für Großbritannien zu erreichen. In beiden Vereinbarungen sehen die Parlamentarier Einschränkungen ihrer sowie nur geringen Mitentscheidungsbefugnisse.

Zu hoffen ist, daß man in der Budgetfrage zu einer raschen und sachgerechten Kompromißlösung kommt. Voraussetzung dafür ist eine stärkere Dialogbereitschaft des Rates. Gerade institutionelle Konflikte der bestehenden Art sind kaum geeignet, das „Europabeußtsein“ in der Gemeinschaft zu fördern. kr

---

## USA

### Indexierung der Einkommensteuer

---

Zu Beginn dieses Jahres ist in den USA mit der Indexierung der Einkommensteuer der – nach Steuersenkungen und Abschreibungserleichterungen – letzte Teil des Wirtschaftsprogramms Präsident Reagans aus dem Jahre 1981 in Kraft getreten. Erstmals werden Freibeträge und Progressionsstufen um die Preissteige-

rungsrate am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres – diesmal rund 4 % – heraufgesetzt.

Damit wurde Abschied genommen von den durch das Zusammenwirken von Inflation und Progression des Steuertarifs verursachten „heimlichen“ Steuererhöhungen, die bisher ausgabefreudigen Abgeordneten und Regierungen vor allem in Zeiten hoher Inflation erhebliche zusätzliche Mittel verschafft haben. Von jetzt an bedarf es dazu ausdrücklicher Steueranhebungen mit einer entsprechenden Information der Öffentlichkeit. Es wundert daher nicht, daß viele Politiker eine Abschaffung der Indexierung anstreben, um so zusätzliche Einnahmen zur Bekämpfung der enormen Budgetdefizite zu erzielen. Für den Präsidenten kann es indes kein Diskussionsobjekt sein, die gerade eingeführte Steuererhöhung des Staates sogleich wieder dem Defizitabbau zu opfern. Vielmehr wäre es nach dem Konzept der Angebotspolitik erst einmal an der Zeit, daß der Staat seine Beanspruchung der wirtschaftlichen Ressourcen durch Ausgabenkürzungen verminderte.

Die mit der Indexierung verbundene Erhöhung der Nettoeinkommen wird sich beim Gros der Steuerzahler in diesem Jahr ohnehin kaum bemerkbar machen, da gleichzeitig der Abgabensatz in der Sozialversicherung angehoben wurde. Erst jenseits der Beitragsbemessungsgrenze führt die Indexierung zu einer effektiven Steuerentlastung. So sehr die Steueränderung von der Mehrheit der Steuerzahler auch begrüßt wird, die Regierung hat sich mit der gleichzeitigen Anhebung der Abgaben wieder einmal dem Vorwurf ausgesetzt, einseitig die „Reichen“ zu begünstigen. ku

---

## OPEC

### Letzter Versuch?

---

Die Hoffnung der OPEC-Länder, daß ihre im Oktober beschlossene Förderkürzung um täglich 1,5 Mill. Barrel die Spotpreise wieder an die höheren offiziellen Verkaufspreise heranführen würde, hat sich nicht erfüllt. Da die Förderung vorher mangels Nachfrage ohnehin schon unter der alten Grenze von 17,5 Mill. Barrel gelegen hatte, war die effektive Förderkürzung in Wirklichkeit von vornherein geringer als angekündigt. Darüber hinaus haben die Skeptiker in den Importländern recht behalten, die voraussagten, daß sich die Mitglieder der OPEC auch diesmal nicht an die vereinbarten Förderquoten und Abgabepreise halten würden.

Der einstimmige Beschluß der jüngsten OPEC-Konferenz, die Disziplin zu erhöhen und in Zukunft Fördermengen und Exportpreise von einem Gremium mit weitgehenden Befugnissen überprüfen zu lassen, ist daher folgerichtig. Ob er allerdings auch den gewünschten Effekt haben wird, erscheint zweifelhaft. Schon zeigen sich erste Risse in der einheitlichen Front. Solange die Preise der schweren und leichten Ölsorten nicht stärker angeglichen werden – die Vereinbarung von elf der dreizehn Länder, den Abstand ein wenig zu verringern, reicht nicht aus –, werden insbesondere die Anbieter leichter Sorten weiterhin versucht sein, zur Sicherung des Absatzes Preisabschläge zu gewähren, zumal Sanktionen schwer vorstellbar sind. Und das Kontrollorgan dürfte Verstöße, wenn überhaupt, nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung aufdecken. Bis dahin aber könnte sich die Entscheidung der OPEC, ihre Beschlüsse zur Begrenzung des Angebots mit Hilfe von Kontrollen durchzusetzen, schon als letzter Versuch erwiesen haben, den Marktpreis zur Anpassung an den von der OPEC gewünschten Preis zu bewegen. Die Möglichkeit zur Kurskorrektur bietet sich der Organisation schon bald: Bereits Ende dieses Monats trifft man sich erneut.

ma

## UNESCO

### Heilsame Daumenschrauben

Die USA haben zum Jahreswechsel ihren seit längerem angekündigten Austritt aus der UNESCO vollzogen und damit der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur eine schmerzliche Kürzung ihrer Budgetmittel um 25 % beschert. Auch Singapur hat seinen, wenngleich weniger gravierenden und eher mit Desinteresse begründeten, Austritt erklärt. Da nun Großbritannien Ende des Jahres die UNESCO ebenfalls verlassen will, wenn das von ihm vorgelegte 9-Punkte-Reformprogramm nicht erfüllt wird, ist die Organisation sehr konkret in ihrer Existenz gefährdet. Dies gilt um so mehr, als auch andere westliche Mitgliedstaaten diese Konsequenz nicht mehr völlig ausschließen und selbst Länder der Dritten Welt zunehmend heftigere Kritik am zu offensichtlichen bürokratischen Chaos, an der finanziellen und programmatischen Mißwirtschaft und am autokratischen Führungsstil des UNESCO-Generaldirektors M' Bow üben.

Letzterer ist allerdings sicher nicht die alleinige Quelle allen Übels. Verantwortung tragen auch die Mitgliedstaaten selbst, die in der Vergangenheit seine Politik allzu gleichgültig und unkritisch haben durchgehen las-

sen. Austritte überzeugen so gesehen nicht. Jedoch zeigte sich die UNESCO bisher so reformunwillig, daß finanzielle Daumenschrauben in der jetzigen Situation durchaus heilsam sein könnten. Ob sich dies alleine durch eine teilweise Sperrung der Beiträge kleiner Mitgliedsländer – wie vom Haushaltsausschuß des deutschen Bundestages praktiziert – bewirken läßt, erscheint fraglich. Die Abstinenz der USA könnte – wie im Fall der ILO – in Verbindung mit entschlossenem Drängen der verbleibenden Mitglieder auf überfällige Reformen vielleicht gerade die Strategie bilden, die die verhärteten politischen, bürokratischen und personellen Strukturen in der UNESCO endlich aufweicht. bo

## Dollarkurs

### Verunsicherung durch Forscher

Seit mehr als einem Jahr erwartet die Mehrzahl der Währungspolitiker und -theoretiker einen Rückgang des als überhöht angesehenen Dollarkurses. Alle Prognosen erwiesen sich jedoch bisher als falsch: Der Wechselkurs wollte sich einfach nicht an die zugrunde gelegten Modelle halten. Weitere Prognosen wurden dann von den derart frustrierten Experten zumeist unter Hinweis auf „irrationale“ Erwartungen und Verhaltensweisen der Devisenhändler abgelehnt. So jüngst auch ein Vertreter eines großen deutschen Forschungsinstitutes, der den Dollar 1985 bei etwa 2,80 DM ansiedelte, aber ausdrücklich darauf hinwies, daß es sich hier beileibe nicht um eine Prognose handle.

Anders einige renommierte amerikanische Forschungsinstitute, die in ihrer traditionellen Prognose zum Jahresanfang auch vor dem Dollarkurs nicht halt machten. Zwar etwas vorsichtiger als in der Vergangenheit, wagten sie dennoch die Vorhersage, daß der Dollar im Februar 1985 seinen Höhepunkt erreichen werde, um danach, z. B. für die Relation zur D-Mark, auf ein Niveau von unter 3,- DM zu sinken.

Man kann es glauben oder nicht. Fest steht jedoch, daß solche auf klug spezifizierten Wechselkursmodellen basierenden Prognosen in den letzten Jahren empirisch versagt haben. Die Marktteilnehmer auf den Devisenmärkten – besonders für den Dollar – verhalten sich offenbar in einer mathematisch nicht faßbaren Weise. Seriöse Dollarprognosen können daher – zumindest für die kurze und mittlere Frist – nicht abgegeben werden. Jede Aussage zur Entwicklung dieser wichtigen Austauschrate bleibt in hohem Maße spekulativ und ist eher geeignet, die Märkte noch stärker zu verunsichern, als dies ohnehin bereits der Fall ist. ww